

Landkreis Ebersberg

15. Wahlperiode 2020-2026/02_KSA/20. Kreis- und Strategieausschuss



Protokoll

20. Sitzung des Kreis- und Strategieausschusses mit öffentlichem und nichtöffentlichem Teil

am Montag, 10.10.2022 im Saal des ehemaligen Kreissparkassengebäudes, Sparkassenplatz 1

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 19:02 Uhr

Vorsitzender: Robert Niedergesäß
Schriftführerin: Gabriele Huber

Anwesend sind:

CSU-FDP-Fraktion

Bauer, Christian
Brilmayer, Walter
Müller, Alexander
Schwaiger, Johann
Wagner, Martin

abwesend ab 18:29 Uhr

GRÜNE-Fraktion

Burggraf, Ulrike, Dr.
Gruber, Waltraud
Oellerer, Reinhard

abwesend ab 18:55 Uhr

FW-BP-Fraktion

Reitsberger, Georg

SPD-Fraktion

Hingerl, Albert

AuG ÖDP-Linke

Glaser, Renate, Dr.

anwesend ab 14:38 Uhr

AfD-Fraktion

Schmidt, Manfred

Abwesend sind:

CSU-FDP-Fraktion

Huber, Thomas

entschuldigt

GRÜNE-Fraktion

Leng, Lakhena
Mayer, Benedikt

entschuldigt
entschuldigt

Robert Niedergesäß
Vorsitzender

Georg Reitsberger
Vorsitzender bei TOP 05ö

Gabriele Huber
Schriftführerin

Inhalt:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern
- TOP 2 Eröffnung der Sitzung; Feststellung der Anwesenheit, Entschuldigungen und Beschlussfähigkeit, ordnungsgemäße Ladung, Einwände zur Niederschrift und Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 2.2 Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 3 Mitgliedschaft im Kreistag;
 - a) Ausscheiden von Herrn KR Dr. Wilfried Seidelmann
 - b) Nachrücker Herr Günter Scherzl
 - c) Besetzung der AusschüsseVorlage: 2022/0775
- TOP 4 Örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2019 des Landkreises Ebersberg
Vorlage: 2022/0611/1
- TOP 5 Beteiligungsmanagement;
 - a) Jahresabschluss 2021 der Energieagentur
 - b) Entlastung des Aufsichtsrates und der GeschäftsführungVorlage: 2021/0566
- TOP 6 Konsolidierter Gesamtabchluss des Landkreises 2021 mit Beteiligungsbericht
Vorlage: 2021/0569
- TOP 7 Information über die Haushaltsentwicklung 2022
Vorlage: 2021/0570
- TOP 8 Finanzleitlinie "Kommunales Schuldenmanagement"; 2. Halbjahresbericht 2022
Vorlage: 2021/0571
- TOP 9 Finanzleitlinie des Landkreises Ebersberg; Neufassung
Vorlage: 2022/0792
- TOP 10 Haushalt und Finanzleitlinie; Warteliste 2023
Vorlage: 2021/0572
- TOP 11 Radwege und Straßenbau; Genehmigung Kostensteigerung
Vorlage: 2022/0789
- TOP 12 Windenergie im Ebersberger Forst - Einstellung der Arbeiten, Maßnahmen-Stopp und Kündigung der Verträge; Antrag der AfD- Kreistagsfraktion vom 18.08.2022
Vorlage: 2022/0761/1
- TOP 13 Bekanntgabe von Eilentscheidungen
- TOP 14 Informationen und Bekanntgaben
- TOP 15 Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
- TOP 16 Anfragen

Öffentlicher Teil

TOP 1	Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern
-------	---

Veronika Neu distanziert sich von den als Tischvorlage (Anlage 1 zum Protokoll) ausliegenden E-Mails zum Gymnasium Poing, die nichts mit ihrer Interessensgemeinschaft "Gymnasium Poing Jetzt!" zu tun haben. Sie verweist auf die von ihrer Interessensgemeinschaft gestartete Online-Petition an den Kreistag und an Landrat Robert Niedergesäß mit rund 1.800 gesammelten Unterschriften und der Forderung, den Bau des Gymnasiums von der Warteliste zu nehmen und einen schnellstmöglichen Betrieb des Gymnasiums Poing zu realisieren. In ihrem Plädoyer geht sie auf die stark ansteigenden prognostizierten Schülerzahlen für die Jahre 2024/2025 ein, auf die der Bau des bereits genehmigten Gymnasiums in Poing ihrer Ansicht nach, eine gute Antwort wäre. Im Namen der Bürgerinnen und Bürger, die auf der Petition unterschrieben haben, bittet sie dringend, nichts unversucht zu lassen, um dieses Gymnasium zu realisieren.

Andrea Lacour, Interessensgemeinschaft „Gymnasium Poing Jetzt!“, erkundigt sich, ob es Möglichkeiten für eine kostengünstigere Umsetzung des Baus gäbe bzw. wie der Plan B aussehe, falls der Bau des Gymnasiums in Poing auf der Warteliste verbleibe.

Vorgreifend zum späteren Beratungspunkt informiert der Landrat über die vom Landkreis in Auftrag gegebene und im LSV-Ausschuss Ende September 2022 vorgestellte Machbarkeitsstudie, die jetzt den Fraktionen zur Beratung vorliegt. Laut dieser Studie liege der Kostenstand heute bei rund 110 Mio. €. Seit der Verabschiedung des Masterplan Schulen habe sich das Weltgeschehen durch die Corona-Pandemie und den russischen Angriffskrieg in der Ukraine mehrfach verändert, so der Landrat, was durch Lieferkettenunterbrechungen/Insolvenzen/explodierende Preise auch Auswirkung auf die Haushalte der Kommunen habe. Alleine die Energiekosten würden nicht nur bei den Betrieben und den privaten Haushalten die finanziellen Spielräume auffressen, so der Landrat weiter, sondern auch bei den Kommunen. Momentan bestehe weltwirtschaftlich eine sehr unsichere Phase, von daher sei der Verbleib des Projektes für ein weiteres Jahr auf der Warteliste für ihn zumindest nachvollziehbar. Aufgrund des wiedereingeführten 9-stufigen Gymnasiums war es dem Landkreis bewusst, dass er ein fünftes Gymnasium brauche, was auch von der Regierung von Oberbayern genehmigt wurde. Die nächsten zwei/drei Jahre könne aber der Landkreis die Schülerinnen und Schüler noch in den Gymnasien Markt Schwaben und Vaterstetten unterbringen, was keine langfristige Perspektive sei und genau angeschaut werden müsse. Es fällt keinem leicht, so der Landrat weiter, aber aufgrund der Weltlage und der Finanzsituation des Landkreises könne derzeit kein Projekt mit maximal 110 Mio. € Kosten beschlossen werden. Ziel sei, so der Landrat abschließend, Wege zu finden, um durch alternative Planungs-, Bau- und Finanzierungskonzepte das Gymnasium Poing und das Berufsschulzentrum umsetzen zu können.

TOP 2	Eröffnung der Sitzung; Feststellung der Anwesenheit, Entschuldigungen und Beschlussfähigkeit, ordnungsgemäße Ladung, Einwände zur Niederschrift und Genehmigung der Tagesordnung
-------	--

Zu Beginn der Sitzung würdigt Landrat Robert Niedergesäß den KR und Fraktionsvorsitzenden der Freien Wähler sowie der Ausschussgemeinschaft FW/BP Dr. Wilfried Seidelmann, der am 03.09.2022 überraschend gestorben ist. Der Landrat bittet die Mitglieder des Kreis- und Strategieausschusses sich zu einer Schweigeminute im Gedenken an KR Dr. Wilfried Seidelmann von den Plätzen zu erheben.

Der Landrat eröffnet die Sitzung, gibt die Entschuldigungen bekannt und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Zur Niederschrift der 19. Sitzung des Kreistages am 18.07.2022 gibt es keinen Einwand. Die Niederschrift ist damit einstimmig genehmigt.

Der Landrat erkundigt sich nach Einwänden gegen die Tagesordnung. KR Manfred Schmidt stellt den Geschäftsordnungsantrag, den nichtöffentlich geladenen TOP 18 öffentlich zu behandeln.

Der Landrat stellt um 14:19 Uhr die Nichtöffentlichkeit her, um über den Geschäftsordnungsantrag von KR Manfred Schmidt zu beraten.

TOP 2.2	Genehmigung der Tagesordnung
---------	------------------------------

Der Landrat stellt um 14:26 Uhr die Öffentlichkeit der Sitzung wieder her und informiert, dass der TOP 18 nichtöffentlich bleibt und die geladene Tagesordnung genehmigt sei.

TOP 3	Mitgliedschaft im Kreistag; a) Ausscheiden von Herrn KR Dr. Wilfried Seidelmann b) Nachrücker Herr Günter Scherzl c) Besetzung der Ausschüsse
-------	--

2022/0775

Sachvortragende(r): Michael Ottl, wissenschaftlicher Rechtsberater und Leiter Büro des Landrat

Michael Ottl informiert, dass Listennachfolger des verstorbenen KR Dr. Wilfried Seidelmann Herr Günter Scherzl aus Poing sei. Die Ausschusssitze der Fraktion Freie Wähler/Bayernpartei müssen teilweise neu besetzt und ein neuer Fraktionssprecher benannt werden.

Der Landrat begrüßt den anwesenden Günter Scherzl.

Es folgt keine Wortmeldung.

Der Landrat stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

zu

a) Das Ausscheiden von Herrn KR Dr. Wilfried Seidelmann aus dem Kreistag durch seinen plötzlichen Tod wird zur Kenntnis genommen.

zu

b) 1. Es wird festgestellt, dass nach dem amtlichen Endergebnis der

Kreistagswahl vom 15.03.2020 Herr Günter Scherzl aus Poing per heutigem Beschluss als Listennachfolger von Herrn Dr. Wilfried Seidelmann in den Kreistag nachrückt.

2. Herr Günter Scherzl ist nach Art. 24 Abs. 4 LkrO zu vereidigen.

zu

c) Die Gremien werden wie folgt besetzt:

Fraktionen

	Sprecher/in	Stellvertreter/-in	Weitere Stellvertretung	Geschäftsführer/-in
CSU-FDP	Wagner Martin	Müller Alexander Huber Thomas Lechner Martin Hilger Franziska		
SPD	Hingerl Albert	Platzer Elisabeth		Proske Ulrich
GRÜNE	Gruber Waltraud	Mayer Benedikt		Leng Lakhena
FW-BP	Reitsberger Georg	Scherzl Günter		
AG ÖDP- Die Linke	Glaser Renate Dr.	Schweisfurth Karl	Ottinger Marlene	
AfD	Schmidt Manfred	Demmel Helmuth		

Kreis- und Strategieausschuss

Fraktion	Mitglied	StellvertreterIn	Weitere Stellvertretung	Weitere Stellvertretung
CSU-FDP	Wagner Martin	Mayr Piet		
CSU-FDP	Huber Thomas	Schwaiger Johann		
CSU-FDP	Bauer Christian	Hilger Franziska		
CSU-FDP	Brilmayer Walter	Oswald Josef		
CSU-FDP	Müller Alexander	Frick Roland		
GRÜNE	Gruber Waltraud	Obermayr Angelika	Fent Niklas	Dr. Burggraf Ulrike

GRÜNE	Mayer Benedikt	Oellerer Reinhard	Schüller Antonia	Forst Johannes, von der
GRÜNE	Leng Lakhena	von Sarnowski Thomas	Schweinsteiger Ronja	Ackstaller Ilke
FW-BP	Reitsberger Georg	Scherzl Günter	Ossenstetter Simon	
SPD	Hingerl Albert	Rauscher Doris	Proske Ulrich	Platzer Elisabeth
AG ödp-Linke	Dr. Glaser Renate	Schweisfurth Karl	Ottinger Marlene	
AfD	Schmidt Manfred	Pelz Heidelinde		

Rechnungsprüfungsausschuss

Fraktion	Mitglied	StellvertreterIn	Weitere Stellvertretung
CSU-FDP	Schwäbl Josef	Hilger Franziska	
CSU-FDP	Lechner Martin	Bauer Christian	
GRÜNE	Leng Lakhena	Ruoff Veronika	Mayer Benedikt
FW-BP	Ossenstetter Simon	Weindl Max	
SPD	Platzer Elisabeth	Proske Ulrich	Poschenrieder Bianka

Jugendhilfeausschuss

Beschließende Mitglieder aus dem Kreistag

Fraktion	Mitglied	StellvertreterIn	Weitere Stellvertretung	Weitere Stellvertretung
FG CSU-FDP	Pfluger Renate	Stewens Christa		
FG CSU-FDP	Bauer Christian	Linhart Susanne		
FG CSU-FDP	Riedl Martin	Zistl Josef		
GRÜNE	Schweinsteiger Ronja	Eberl Ottilie	Forst, Johannes von	Oellerer Reinhard
GRÜNE	Schüller Antonia	Greithanner Fran	Mayer Benedikt	Fent Niklas
FG FW-BP	Ried Toni	Lechner Thomas	Scherzl Günter	
SPD	Rauscher Doris	Poschenrieder Bianka	Proske Ulrich	Wirntzer Maria

Ausschuss für Liegenschaften, Schulbauten und Vergaben - LSV-Ausschuss

Fraktion	Mitglied	StellvertreterIn	weitere Stellvertretung	weitere Stellvertretung
CSU-FDP	Mayr Piet	Pfluger Renate		
CSU-FDP	Dahms Walentina	Föstl Magdalena		
CSU-FDP	Ziegltrum Sonja	Schwaiger Johann		
CSU-FDP	Zistl Josef	Riedl Martin		
CSU-FDP	Frick Roland	Spitzauer Leonhard		
CSU-FDP	Gressierer Alexander	Lechner Martin		
GRÜNE	Greithanner Franz	Fent Niklas	Gruber Waltraud	Schweinsteiger Ronja
GRÜNE	Obermayr Angelika	Ackstaller Ilke	Mayer Benedikt	Leng Lakhena
GRÜNE	Ruoff Veronika	Schüller Antonia	Forst Johannes, von der	Dr. Burggraf Ulrike
FW-BP	Ossenstetter Simon	Ried Toni	Scherzl Günter	
FW-BP	Weindl Max	Reitsberger Georg	Lechner Thomas	
SPD	Platzer Elisabeth	Proske Ulrich	Wirntzer Maria	Hingerl Albert
AG ödp-Linke	Ottinger Marlene	Schweisfurth Karl	Dr. Glaser Renate	
AfD	Pelz Heidelinde	Schmidt Manfred		

Ausschuss für Soziales, Familie, Bildung, Sport und Kultur - SFB-Ausschuss

Fraktion	Mitglied	StellvertreterIn	weitere Stellvertretung	Weitere Stellvertretung
CSU-FDP	Schwaiger Johann	Bauer Christian		
CSU-FDP	Linhart Susanne	Lechner Martin		
CSU-FDP	Matjanovski Marina	Frick Roland		
CSU-FDP	Dr. Markmiller Susanne	Müller Alexander		
CSU-FDP	Ziegltrum Sonja	Stewens Christa		
CSU-FDP	Föstl Magdalena	Dahms Walentina		
GRÜNE	Eberl Ottilie	Ruoff Veronika	Schüller Antonia	Waltraud Gruber
GRÜNE	Forst Johannes von der	Dr. Burggraf Ulrike	Schweinsteiger Ronja	Leng Lakhena
GRÜNE	Oellerer Reinhard	Greithanner Franz	Obermayr Angelika	Sarnowski, Thomas von
FW-BP	Maurer Ludwig	Lechner Thomas	Scherzl Günter	
FW-BP	Ried Toni	Ossenstetter Simon	Reitsberger Georg	
SPD	Proske Ulrich	Wirnitzer Maria	Rauscher Doris	Poschenrieder Bianka
AG ödp-Linke	Ottinger Marlene	Dr. Glaser Renate	Schweisfurth Karl	
AfD	Pelz Heidelinde	Demmel Helmuth		

Ausschuss für Umwelt- und Naturschutzangelegenheiten, Landkreisentwicklung, Regionalmanagement, Verkehrsinfrastruktur, Abfallwirtschaft, ÖPNV und Schülerbeförderung - ULV-Ausschuss

Fraktion	Mitglied	StellvertreterIn	weitere Stellvertretung	weitere Stellvertretung
CSU-FDP	Föstl Magdalena	Dahms Walentina		
CSU-FDP	Spitzauer Leonhard	Ziegltrum Sonja		
CSU-FDP	Hilger Franziska	Müller Alexander		
CSU-FDP	Lechner Martin	Linhart Susanne		
CSU-FDP	Oswald Josef	Gressierer Alexander		
CSU-FDP	Frick Roland	Pflugger Renate		
GRÜNE	Ackstaller Ilke	Schüller Antonia	Schweinsteiger Ronja	Greithanner Franz
GRÜNE	Sarnowski, Thomas von	Gruber Waltraud	Ruoff Veronika	Mayer Benedikt
GRÜNE	Fent Niklas	Leng Lakhena	Dr. Burggraf Ulrike	Eberl Ottilie
FW-BP	Lechner Thomas	Ossenstetter Simon	Weindl Max	
FW-BP	Maurer Ludwig	Ried Toni	Scherzl Günter	
SPD	Poschenrieder Bianka	Wirnitzer Maria	Hingerl Albert	Proske Ulrich
AG ödp-Linke	Schweisfurth Karl	Ottinger Marlene	Dr. Glaser Renate	
AfD	Schmidt Manfred	Demmel Helmuth		

Arbeitsgruppe Politik und Verwaltung

Vorschlagsberechtigt	Mitglied	Stellvertreter	weitere Stellvertretung	weitere Stellvertretung	weitere Stellvertretung
CSU-FDP	Wagner Martin	Gressierer Alexander			

GRÜNE	Obermayr Angelika	Gruber Waltraud	Mayer Benedikt	Leng Lakhena	Oellerer Reinhard
FW-BP	Scherzl Günter	Ossenstetter Simon	Maurer Ludwig		
SPD	Hingerl Albert	Platzer Elisabeth	Rauscher Doris		
AG ödp-Linke	Schweisfurth Karl	Ottinger Marlene	Dr. Glaser Renate		
AfD	Manfred Schmidt	Helmuth Demmel			
AL 1	Keller Brigitte	Seitz Maximilian			
BL	Ottl Michael	-----			
RevA	Plischke Jutta	Staffe Fritz			
PR	Madl Stefan	Probul Norbert			

Aufsichtsrat der Kreisklinik Ebersberg gGmbH

Fraktion	Mitglied	Ersatzmitglied
CSU-FDP	Huber Thomas	Matjanovski Marina
CSU-FDP	Stewens Christa	Oswald Josef
CSU-FDP	Wagner Martin	Hilger Franziska
CSU-FDP	Linhart Susanne	Föstl Magdalena
GRÜNE	Oellerer Reinhard	Ackstaller Ilke
GRÜNE	Dr. Burggraf Ulrike	Obermayr Angelika
GRÜNE	Schweinsteiger Ronja	Forst Johannes, von der
FW-BP	Ossenstetter Simon	Ried Toni
SPD	Platzer Elisabeth	Rauscher Doris
AG ödp-Linke	Dr. Glaser Renate	Schweisfurth Karl
Besonders erfahrene Person im Krankenhauswesen	Pfaffeneder Günther, GF a.D. 'Romed'	
Besonders erfahrene Person im Krankenhauswesen	Dr. Weiler Thomas, GF 'Gesundheit Oberbayern'	



einstimmig angenommen

Ja 12 Nein 0 Anwesend 12

TOP 4	Örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2019 des Landkreises Ebersberg
-------	---

2022/0611/1

963.2/1-2019

Vorberatung

06. Rechnungsprüfungsausschuss am 22.03.2022, TOP 2 N

Sachvortragende(r):

Michael Ottl, wissenschaftlicher Rechtsberater und Leiter des Büro Landrats

Michael Ottl informiert in seinem Sachvortrag, dass das Revisionsamt den Jahresabschluss des Landkreises Ebersberg für das Haushaltsjahr 2019 umfassend als Sachverständiger

geprüft und darüber seinen Prüfungsbericht vom 24.01.2022 dem Rechnungsprüfungsausschuss vorgelegt habe.

Der Rechnungsprüfungsausschuss habe in seiner o.g. Sitzung einstimmig einen Beschluss mit drei Ziffern gefasst, wobei in der heutigen Sitzung des Kreis- und Strategieausschusses ausschließlich über die Ziffer 1 - die Feststellung des Jahresabschlusses 2019 - beraten werden solle, so Michael Ottl. Die Beratung über die Ziffer 2 des Beschlusses des Rechnungsprüfungsausschusses (Umstellung auf die VVKommHSyst-Doppik Bayern) könne voraussichtlich im Februar 2023 erfolgen, sobald diverse interne Klärungsprozesse der Verwaltung abgeschlossen seien, zu denen auch der Bayerische Kommunale Prüfungsverband (BKPV) zu Rate gezogen wurde bzw. werde. Die Ziffer 3 des Beschlusses (Bericht über die Erledigung der Feststellungen der letzten überörtlichen Prüfung) könne erst erfolgen, wenn die Stellungnahme der Regierung von Oberbayern zu den Erledigungsvorschlägen der Verwaltung vorliege und die entsprechende Endbearbeitung möglich sei.

Der Landrat stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

- 1. Trotz der in den Textziffern formulierten Feststellungen der örtlichen Rechnungsprüfung wird der Jahresabschluss des Landkreises Ebersberg für das Haushaltsjahr 2019 mit den auf den Seiten 23, 33 bis 34, 41 und 53 des Berichts vom 24.01.2022 ausgewiesenen Summen gemäß Art. 88 Abs. 3 LKrO festgestellt.**

Diese Abschlusszahlen sind Bestandteil dieses Beschlusses und Anlage 2 zur Niederschrift.

- 2. Punkt 1 des Beschlusses des Kreis- und Strategieausschusses vom 27.04.2020 (TOP 5 Ö) zur Verbuchung des Jahresüberschusses 2019 i.H.v. 11.088.741,73 € wird bestätigt.**
- 3. Der erwirtschaftete Jahresüberschuss in Höhe von 11.088.741,73 € wird der Ergebnisrücklage zugeführt.**
- 4. Korrekturen der nicht ordnungsgemäßen Buchungen und der weiteren Textziffern werden erwartet.**



einstimmig angenommen

Ja 12 Nein 0 Anwesend 12

TOP 5	Beteiligungsmanagement; a) Jahresabschluss 2021 der Energieagentur b) Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung
-------	--

2021/0566

Sachvortragende(r): Barbara Strangfeld, Mitarbeiterin SG 14, Finanzen und Beteiligungen
Dr. Willie Stiehler, Geschäftsführer Energieagentur Ebersberg – München gGmbH

Barbara Strangfeld hält anhand einer Präsentation (Anlage 3 zum Protokoll) einen Sachvortrag.

Dr. Willie Stiehler stellt im Rahmen einer Präsentation (Anlage 4 zum Protokoll) die Gewinn- und Verlustrechnung 2021, den Mittelabfluss vom Landkreis zur Energieagentur, die Kennzahlen zur Wirtschaftlichkeit sowie die Personalsituation 2021 vor.

KR und weiterer Stellvertreter Georg Reitsberger übernimmt den Vorsitz und informiert, dass gemäß Art. 43 Abs. 1 LKrO wegen persönlicher Beteiligung weder der Landrat, sein gewählter Stellvertreter Walter Brilmayer noch die in den Aufsichtsrat entsandten Mitglieder KRin Waltraud Gruber und KR Johann Schwaiger an der Abstimmung teilnehmen dürfen.

KR Christian Bauer erkundigt sich, weshalb sich die Personalkosten von 2019 auf 2021 nahezu verdoppelt haben.

Nachdem der Geschäftsführer Dr. Stiehler die Frage nicht beantworten kann, stellt der Vorsitzende die Beschlussfassung bis zur Klärung zurück.

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfassung zurück.

Nach TOP 09 ö um 16:20 Uhr ruft der Landrat erneut den Tagesordnungspunkt Beteiligungsmanagement; a) Jahresabschluss 2021 der Energieagentur b) Entlastung des Aufsichtsrates auf und erteilt dem Geschäftsführer Dr. Willie Stiehler das Wort, der nach Recherche die Frage von KR Christian Bauer zur Entwicklung der Personalkosten beantwortet.

Dr. Willie Stiehler erläutert die Steigerung des Personals von 19 Mitarbeitern im Jahr 2019 mit Kosten von rund 867.000 € auf 26 Mitarbeitern im Jahr 2021 mit Kosten von rund 1,6 Mio. € wie folgt:

Der eigentliche Sprung der Personalkosten erfolgte von 2019 auf 2020 (rund 1,4 Mio. €). Die in der Folie genannte Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist Stand 31.12. des jeweiligen Jahres und zeige nicht, was unterjährig passiert sei. Im Jahr 2019 waren unterjährig z.B. im Durchschnitt 15 Personen bei der Energieagentur beschäftigt. Zum 01.12.2019 wurden eine Vollzeitkraft und zwei Teilzeitkräfte eingestellt. Unterjährig 2020 wurden weitere vier Personen eingestellt (3 Vollzeit- und 1 Teilzeitkraft). Eine Person habe im Jahr 2020 gekündigt. Das bedeute, das Verhältnis sei mehr in Richtung Vollzeitstellen „gekippt“ - weg von Teilzeitstellen. In der Summe von 2020 sei die Rückstellung enthalten, bzw. 2021 auch gestiegen. Er musste Höhergruppierungen vornehmen, da die Energieagentur mit dem freien Markt konkurriere, um so keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verlieren. Des Weiteren waren in dem Zeitraum Tarifsteigerungen gemäß TVöD. Die durchschnittliche häufigste Eingruppierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter war bisher E 11 Stufe 3 laut Aufsichtsrat

und gehe langsam Richtung E 12, um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht an den freien Markt zu verlieren.

Brigitte Keller, Finanzmanagerin und Leiterin Abteilung 1 (Zentrales und Bildung) erkundigt sich zu den durchschnittlich Beschäftigten in den Jahren 2020 und 2021, was Dr. Willie Stiehler jetzt nicht beantworten könne, weil der Prüfer im Jahresabschluss 2019 die Durchschnittszahl noch genannt habe und in den Jahresabschlüssen 2020 und 2021 nicht mehr.

Brigitte Keller merkt an, dass es von Vorteil sei, das Vollzeitäquivalent oder Vollbeschäftigtenäquivalent zu kennen, weil das eine Hilfsgröße bei der Messung von Arbeitszeit sei. Sie bittet, diese Kennzahl künftig in das Management-Summary mitaufzunehmen, was Dr. Willie Stiehler zusagt.

KR Christian Bauer erkundigt sich, ob die Stellen entsprechend den jeweiligen Tätigkeitsmerkmalen des TVöD bewertet werden, was Dr. Willie Stiehler bestätigt. Er erklärt auf Nachfrage von KR Bauer, dass die Bewertung durch ihn und seiner Buchhaltung erfolge.

Der Landrat stellt keine weiteren Wortmeldungen fest und bittet KR und weiteren stellvertretenden Landrat Georg Reitsberger den Vorsitz zu übernehmen.

Für die genannten Beschlüsse in der Gesellschafterversammlung der Energieagentur Ebersberg-München gGmbH werden der Landrat bzw. sein Stellvertreter vom Kreistag ermächtigt, daher dürfen weder der Landrat bzw. sein gewählter Stellvertreter sowie die in den Aufsichtsrat entsandten Mitglieder nicht wegen persönlicher Beteiligung mitstimmen (Art. 43 Abs. 1 LKrO).

Der Vorsitzende Georg Reitsberger stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

a) Der Landrat bzw. sein Stellvertreter werden beauftragt, in der Gesellschafterversammlung der Energieagentur Ebersberg-München gGmbH folgende Beschlüsse zu erwirken:

- 1. Der Jahresabschluss 2021 der Energieagentur Ebersberg-München gGmbH mit einer Bilanzsumme von 1.718.901 Euro sowie der Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Aufwand von 2.638.522 €, Erträgen von 2.638.522 € und einem Jahresergebnis von 0,00 Euro und der Lagebericht 2021 werden festgestellt.**
- 2. Nach den Regelungen des Gesellschaftsvertrags wird der Überschuss auf die Gesellschafter aufgeteilt, so dass im Jahresabschluss 2021 eine Ausgleichsverbindlichkeit in Höhe der Kostenüberdeckung i.H.v. 283.200 € gegenüber den Gesellschaftern eingestellt wurde. Aufgrund dessen ergibt sich ein Jahresergebnis von 0 €.**

Die Ausgleichsverbindlichkeit wird um den Betrag von 30.000 € gekürzt, da 30.000 € aus der Kostenüberdeckung für Ausbau und Einrichtungsmaßnahmen der neuen Büroräume der Gesellschaft in der Stadt Ebersberg verwendet werden dürfen (17. AR-Sitzung am 15.02.2022).

Die Ausgleichsverbindlichkeit in Höhe von 253.200 € wird nach Feststellung des Jahresabschlusses 2021 und Beschluss über die Ergebnisverwendung 2021 durch die Gesellschafterversammlung im November 2022 an die Gesellschafter ausgezahlt. Die Rückzahlung an den Landkreis Ebersberg beträgt 73.370 €.

b) Dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung der Energieagentur Ebersberg München gGmbH wird für das Geschäftsjahr 2021 die Entlastung erteilt.



einstimmig angenommen

Ja 8 Nein 0 Anwesend 12

Weder der Landrat, sein gewählter Stellvertreter Walter Brilmayer noch die in den Aufsichtsrat der Energieagentur entsandten Mitglieder KRin Waltraud Gruber und KR Johann Schwaiger haben wegen persönlicher Beteiligung an der Abstimmung teilgenommen (Art. 43 Abs. 1 LKrO).

TOP 6	Konsolidierter Gesamtabschluss des Landkreises 2021 mit Beteiligungsbericht
-------	---

2021/0569

Sachvortragende(r):

Ana Stellmach, Leiterin SG 14, Finanzen und Beteiligungen

Ana Stellmach hält anhand einer Präsentation (Anlage 5 zum Protokoll) einen Sachvortrag zum konsolidierten Gesamtabschluss des Landkreises 2021 mit Beteiligungsbericht.

Auf die Nachfrage von KR Reinhard Oellerer antworten Ana Stellmach und Brigitte Keller (Finanzmanagerin und Leiterin der Abteilung 1), dass der Zweckverband der Realschule Vaterstetten aufgrund der vorgesehenen Auflösung nicht im Wege der Konsolidierung in den Konzernabschluss einbezogen wurde. Das Medizinische Versorgungszentrum (MVZ) sei aufgrund der geringen Größe nicht enthalten, ist aber als Tochter Teil des Abschlusses der Kreisklinik gGmbH.

Der Landrat stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

- 1. Der Gesamtabschluss 2021 wird zur Kenntnis genommen und zur örtlichen Prüfung an das Revisionsamt weitergeleitet.**
- 2. Der Beteiligungsbericht 2021 ist dem Kreistag vorzulegen.**



einstimmig angenommen

Ja 13 Nein 0 Anwesend 13

TOP 7	Information über die Haushaltsentwicklung 2022
-------	--

2021/0570

Sachvortragende(r): Katja Witschaß, Mitarbeiterin SG 14, Finanzen und Beteiligungen

Katja Witschaß hält anhand einer Präsentation (Anlage 6 zum Protokoll) einen Sachvortrag und informiert, dass für das Haushaltsjahr 2022 eine negative Entwicklung des Gesamthaushaltes erwartet werde. Die geplanten Ergebnisüberschüsse können aus heutiger Sicht um bis zu 2,8 Mio. € niedriger ausfallen.

Brigitte Keller, Finanzmanagerin und Leiterin der Abteilung 1 (Zentrales und Bildung) beantwortet die Fragen aus dem Gremium und erläutert dabei die Eckwertsystematik.

Der Landrat stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

In einem Jahr wird dem Kreis- und Strategieausschuss und dem Kreistag in dieser Form wieder berichtet.



einstimmig angenommen

Ja 13 Nein 0 Anwesend 13

TOP 8	Finanzleitlinie "Kommunales Schuldenmanagement"; 2. Halbjahresbericht 2022
-------	--

2021/0571

Vorberatung

Kreis- und Strategieausschuss am 25.04.2022, TOP 7

Sachvortragende(r):

Katja Witschaß, Mitarbeiterin SG 14, Finanzen und Beteiligungen

Katja Witschaß hält anhand einer Präsentation (Anlage 7 zum Protokoll) einen Sachvortrag und informiert, dass der Halbjahresbericht zur Leitlinie des Kreistags für das Kommunale Schuldenmanagement des Landkreises Ebersberg für 2022 eine kritische Entwicklung zeige, was sich auch in den künftigen Jahren nicht ändern werde.

KR Alexander Müller gibt zu bedenken, dass der Landkreis bei einer Kreditaufnahme von 100 Mio. € bei einer Laufzeit von 20 Jahren mit ca. 30 Mio. € Zinsen rechnen müsse. Er erkundigt sich, wie viel der Landkreis bereits für den Rechtsstreit ‚Kündigung des PPP-Vertrages für das Gymnasium Kirchseeon‘ ausgegeben habe und, ob es überhaupt Sinn mache diesen bei einem Streitwert von ca. 1 Mio. € fortzuführen. Des Weiteren erkundigt er sich zum Verfahrensstand des anhängigen Rechtsstreites ‚Steuersache‘ und zu dessen Erfolgsaussichten sowie über die Höhe der bisher angefallenen Kosten.

Brigitte Keller, Finanzmanagerin und Leiterin der Abteilung 1 (Zentrales und Bildung) informiert, dass die SKE Gymnasium Kirchseeon GBR, mit der der Landkreis ursprünglich den Vertrag abgeschlossen habe, ihn an Dritte verkauft habe. Von daher habe der Rechtsstreit bezüglich der Kündigung des PPP-Vertrages eine grundsätzliche Bedeutung für alle Kom-

munen. Es müssen alle Rechtsmittelinstanzen durchlaufen werden. Zurzeit befindet sich der Landkreis in der 2. Instanz und werde juristisch von Herrn Rainer Lechleitner begleitet, so Brigitte Keller weiter. Das Verfahren werde sich noch einige Zeit hinziehen. Die Information zu den bisher angefallenen Kosten für die beiden Rechtsstreite wird als Protokollnotiz¹ nachgereicht.

Michael Ottl, wissenschaftlicher Rechtsberater und Leiter Büro des Landrats informiert über eine schriftliche Anfrage von KR Manfred Schmidt zum anhängigen Rechtsstreit bezüglich der Steuersache, die er mit Einverständnis von KR Schmidt gleich hier beantwortet:

1. Wie ist der aktuelle Verfahrensstand in der Steuersache?

Die Rechtssache ist beim Finanzgericht München anhängig. Die in dem Verfahren zu klärenden Rechtsfragen sind höchst komplex und größtenteils noch nicht durch die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs (BFH) geklärt. Hierbei geht es vor allem um verfahrensrechtliche Fragen, die Regelungen der Abgabeordnung betreffen.

Die Frage der Erhebung der Gewerbesteuer betrifft auf der einen Seite den Landkreis sowie die Landeshauptstadt München als (mögliche) Empfänger der Gewerbesteuer und auf der anderen Seite die steuerpflichtigen Fondsgesellschaften. Da es sich um unterschiedliche Klageparteien handelt, wurden die beim Gericht anhängigen Klagen der Fondsgesellschaften und des Landkreises zwischenzeitlich verbunden. Die zuständige Richterin arbeitet sich nach eigener Aussage gerade in den Sachstand ein.

2. Hat der Landkreis alles unternommen, um sich vor Rechtsverlusten zu bewahren (z.B. einstweiliger Rechtsschutz; informelle Gespräche zwischen den Beteiligten oder dem Richter)?

Ja, der Landkreis hat diesbezüglich alles unternommen. Das Verfahren wird von einer renommierten Kanzlei in München geführt in Zusammenarbeit mit einem ehemaligen BFH-Richter. Gegen sämtliche Bescheide, die das Gewerbesteueraufkommen dem Landkreis entziehen würden, wurde Einspruch eingelegt bzw. Klage erhoben. Es wurde auch vorläufiger Rechtsschutz (Aussetzung der Vollziehung) beantragt und vom Finanzamt bewilligt.

Gespräche mit den Finanzämtern und auch der Landeshauptstadt wurden von Seiten der vom Landkreis beauftragten Kanzlei geführt, jeweils ohne durchschlagenden Erfolg. Ein Gespräch mit der Richterin macht erst dann Sinn, wenn sie sich in die Sache eingelezen hat, wie sie selbst mitgeteilt habe.

KR Reinhard Oellerer erkundigt sich, wie viel der Landkreis im Jahr 2022 an Investitionen leisten und an Krediten aufnehmen werde.

Brigitte Keller antwortet, dass diese Frage nicht einfach zu beantworten sei, da die Kredite mit den Baumaßnahmen und Zuschussprogrammen zusammenhängen. Sie sichert zu, die

¹ **Protokollnotiz:**

PPP Rechtsstreit: Stand 27.11 - 197.895,42 €
Steuersache Finanzamt EBE: Stand 27.11 – 362.083 €

Information als Protokollnotiz² nachzureichen. Künftig, so Brigitte Keller, solle der Bericht um die geplanten Kreditaufnahmen mit den Baumaßnahmen erweitert werden. Sie informiert, dass bei großen Baumaßnahmen der Landkreis günstigere Konditionen für Kredite bekomme und bei nicht zuschussfähigen oder in sich lohnende Kreditaufnahmen innerhalb von Baumaßnahmen auch ein Kommunalkredit aufgenommen werden würde, was die Kreistagsmitglieder künftig in der Auflistung sehen werden.

KR Reinhard Oellerer moniert zum PPP-Rechtsstreit, dass die Verwaltung nicht den Kreis- und Strategieausschuss vor der Entscheidung über die Ausschöpfung des finanzgerichtlichen Instanzenzuges eingeschaltet habe. In diesem Zusammenhang hinterfragt er auch den Kosten-Nutzen-Faktor der 2. Instanz und die Begrifflichkeit Endurteil im zuletzt ergangenen Urteil.

Michael Ottl erläutert die Begrifflichkeit Finanzgerichtsbarkeit, die anders als die übrigen Gerichtsbarkeiten, zweistufig sei und die Steuersache betreffe. Dies habe nichts mit dem PPP-Rechtsstreit beim Oberlandesgericht zu tun. Der Begriff Endurteil bedeute nicht, dass der Instanzenzug bereits ausgeschöpft wäre. Hierbei handele es sich vielmehr um einen Begriff aus der Zivilprozessordnung. Hierdurch solle der Abschluss einer Instanz verdeutlicht werden.

Brigitte Keller erläutert die Historie zur Steuersache und beantwortet damit eine Verständnisfrage.

KR Albert Hingerl erkundigt sich, ob es sich hier nicht um eine Haftungsfrage handele, nachdem, wie von Brigitte Keller ausgeführt, von Seiten des Finanzamtes Ebersberg ein Fehler begangen wurde.

Michael Ottl antwortet, dass noch nicht feststehe, ob der Landkreis etwas unrechtmäßig bekommen habe, denn das sei ein Teil der Rechtsfrage, was in diesem Verfahren geklärt werde, ob der Steuersitz München oder Ebersberg war. Die Haftungsfrage würde sich nur dann stellen, wenn das Gericht jetzt feststellen würde, so Michael Ottl, dass der Landkreis Ebersberg die Steuergelder unrechtmäßig bekommen hätte. Dann wäre zu klären, ob Haftungsansprüche bestünden.

Der Landrat bittet, den 2. Halbjahresbericht 2022 zur Kenntnis zu nehmen.

Der Kreis- und Strategieausschuss nimmt den 2. Halbjahresbericht 2022 sowie die erneute Berichterstattung im Mai 2023 zur Kenntnis.

² **Protokollnotiz:**

Zum 27.11 sind 8,7Mio. € Investitionen gelaufen. Wir haben 0,7 Mio. € als Kredit aufgenommen. Wir planen bis 31.12 noch 1,2 Mio. € als Kredit aufzunehmen.

TOP 9	Finanzleitlinie des Landkreises Ebersberg; Neufassung
-------	---

2022/0792

Vorberatung

Arbeitsgruppe Finanzleitlinie und Investitionen:

09.07.2021

24.09.2021

29.10.2021

11.02.2022

08.03.2022

05.05.2022

23.06.2022

15.09.2022

Sachvortragende(r):

Katja Witschaß, Mitarbeiterin SG 14, Finanzen und Beteiligungen

Der Landrat führt kurz in den Sachverhalt ein und verweist auf die als Tischvorlage ausliegende Neufassung der Finanzleitlinie.

Katja Witschaß geht im Rahmen einer Präsentation (Anlage 8 zum Protokoll) auf die wesentlichen Anpassungen bzw. Änderungen ein.

KR Albert Hingerl verliest seinen Formulierungsvorschlag zur Ziffer 3.2 Voraussetzungsbeschluss, den er per E-Mail am 09.10.2022 an Herrn Landrat sowie an die Fraktionssprecherinnen und -sprecher versandt habe. Dieser liegt als Tischvorlage aus und lautet wie folgt (Die Änderungen sind kursiv dargestellt):

„Baumaßnahmen dürfen erst im Haushalt veranschlagt werden, wenn *konkrete Lösungsvorschläge für die Durchführbarkeit* der Baumaßnahme vorliegen, aus denen die Art der Ausführung, die Kosten der Maßnahme, des Grunderwerbs und der Einrichtung im Einzelnen und der *Finanzierung* ersichtlich sind. *Dabei sind auch Risiken zu identifizieren und Erfolgsaussichten abzuschätzen* (Machbarkeitsstudie).“

KRin Dr. Renate Glaser begrüßt die konstruktive Zusammenarbeit in der Arbeitsgruppe. Sie erklärt, dass die Fraktionsgemeinschaft ödp/Die Linke die Neufassung der Finanzleitlinie ablehnen werde, da laut ihrer Auffassung eine Laufzeit der Darlehen von 30 Jahren generationengerechter wäre und der Vorschlag ihrer Fraktion, die festgeschriebenen 20 Jahre um das Wort ‚grundsätzlich‘ zu ergänzen, abgelehnt wurde. Somit erfolge konsequenterweise eine Ablehnung von ihrer Fraktion, so KRin Dr. Glaser, aber alles andere werde von ihnen mitgetragen.

KR Reinhard Oellerer erklärt, dass er mit dem Formulierungsvorschlag von KR Albert Hingerl einverstanden sei. Er merkt an, dass in den nächsten Jahren ein zusätzliches Investitionsvolumen in Höhe von 200 Mio. € anstehen würde, demgegenüber aber der Landkreis die Kommunen mit der Kreisumlage nicht überfordern dürfe. Der Landkreis habe bereits über 60 Mio. € an Schulden und habe bereits Investitionen in Höhe von 47 Mio. € beschlossen. Sollte das Gremium den Vorschlägen folgen, so KR Oellerer, bedeute das nochmals 6 Mio. € mehr an Investitionen. Sollte der Landkreis im nächsten Jahr das Gymnasium Poing bauen, so KR Oellerer, könne er nicht sagen, wie der Landkreis das die nächsten Jahre schultern solle. Er geht auf den Warnindikator Schuldenabbau ein, der 2040 auf 80 Mio. € erhöht wurde und bittet um Realismus. Resümierend, halte er die Neufassung der Finanzleitlinie für eine glückte Konstruktion.

KR Alexander Müller erklärt, dass viele Punkte in der Arbeitsgruppe kontrovers diskutiert wurden, immer mit dem Ziel, einen Rahmen zu setzen und generationengerecht zu denken. Die beiden Schulprojekte würden rund 200 Mio. € kosten. Der Landkreis habe laufende Ausgaben, Straßenbauprojekte etc. Es brauche einen vernünftigen Rahmen und die Kreistagsmitglieder müssen sich daran erinnern, dass dies das Geld der Steuerzahler und der Kommunen sei, so KR Alexander Müller. Der Landkreis brauche Ergebnisüberschüsse, was in schwierigen Zeiten schwer zu erreichen sei. Die Neufassung der Finanzleitlinie sei ein guter Rahmen, so KR Alexander Müller abschließend, um die ganze kommunale Gemeinschaft „bei Laune zu halten“, was seines Erachtens machbar sei.

Der Landrat stimmt den Anmerkungen von KR Oellerer und KR Müller zu und bedankt sich bei den Mitgliedern der Arbeitsgruppe Finanzleitlinie und Investitionen.

KR Manfred Schmidt erklärt im Namen der AfD-Kreistagsfraktion, dass er der Neufassung der Finanzleitlinie zustimmen werde. Er merkt kritisch an, dass der Sparwille in den Gremien sehr gering sei und bittet, um mehr Augenmaß und Mut zur Sparsamkeit.

Der Landrat stellt die Neufassung der Finanzleitlinie mit dem Formulierungsvorschlag zur Ziffer 3.2 von KR Albert Hingerl zur Abstimmung.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Die überarbeitete Finanzleitlinie (Anlage 9 zum Protokoll) wird mit der neuen Formulierung zur Ziffer 3.2 in Rot genehmigt und tritt zum 01.01.2023 in Kraft.



angenommen

Ja 12 Nein 1 Anwesend 13

TOP 10	Haushalt und Finanzleitlinie; Warteliste 2023
--------	---

2021/0572

Sachvortragende(r): Katja Witschaß, Mitarbeiterin SG 14, Finanzen und Beteiligungen

Katja Witschaß hält anhand einer Präsentation (Anlage 10 zum Protokoll) einen Sachvortrag zur Warteliste 2023.

Der Landrat begrüßt Bürgermeister Thomas Stark, die Vertreterinnen und Vertreter des Gemeinderates und der Interessensgruppe ‚Gymnasium Poing JETZT!‘ sowie Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Poing. Er erklärt, dass der Kreistag seit vielen Jahren mit einer Warteliste arbeite, auf der alle neuen von den Fachausschüssen vorgeschlagenen Investitionen über 200.000 € stehen. Der Kreistag entscheidet jährlich in seiner Oktobersitzung, welche Investitionen davon in die Haushaltsplanung des Folgejahres übernommen und welche auf der Warteliste verbleiben. Die meisten Maßnahmen, so der Landrat, die sich in Richtung Umsetzung entwickeln, seien vermutlich unproblematisch und realistisch umsetzbar, denn es handele sich im Wesentlichen um überschaubare Investitionen, die in der Summe für den

Landkreis zu stemmen seien. In der heutigen politischen Diskussion gehe es vorrangig um die zwei großen Investitionen (Berufsschulzentrum und Gymnasium Poing), so der Landrat, wobei er feststellt, dass die anstehende Erweiterung des Gymnasiums Kirchseeon in Richtung G9-Tauglichkeit mit 20/30 Mio. € politisch nicht angesprochen wurde. Es gehe nicht um das ‚Ja‘ oder ‚Nein‘ als Grundsatzentscheidung für die beiden neuen Schulbauprojekte, denn da bestehe Einigkeit, so der Landrat weiter, sondern, um die zeitliche Abfolge sowie deren Machbarkeit im Rahmen der Finanzleitlinie, die dem Landkreis helfen solle, auch künftig Leistungsfähig zu bleiben.

Mit Blick auf das Gymnasium in Vaterstetten sei seines Erachtens der Bau des Gymnasiums in Poing notwendig, da die Zahl der Schülerinnen und Schüler in Vaterstetten von etwa 1.500 auf 2.000 Schüler ansteigen werden, wenn keine Entlastung durch das Gymnasium in Poing komme, was dann laut dem Kultusministerium nicht mehr zulässig sei, so der Landrat. Das Gymnasium Vaterstetten sei jetzt schon mit 1.500 Schüler das größte Gymnasium in Bayern. Momentan habe der Landkreis noch einen gewissen Puffer am Gymnasium Markt Schwaben. Über den Inhalt der Diskussionen und über die an die Geschäftsführung Kreistag gesandten E-Mails, die einen schnellstmöglichen Bau des Gymnasiums Poing befürworten, sei er informiert. Zwar wurde das Gymnasium Poing im Jahr 2018 vom Kultusministerium genehmigt, aber die Situation habe sich seit dieser Zeit durch die Corona-Pandemie grundlegend geändert. Erschwerend komme noch der russische Angriffskrieg in der Ukraine mit Lieferkettenunterbrechungen, Energiekrise und steigenden Preisen auf dem Bausektor und einer großen Ungewissheit hinzu. Von daher sei es für ihn vertretbar, so der Landrat weiter, wenn beide Schulen auf der Warteliste verbleiben. Für ihn sei klar, so der Landrat, dass der Landkreis beide Schulen brauche, aber realistisch können nicht beide Schulen gleichzeitig gebaut werden. Seiner Meinung nach solle zunächst das Gymnasium Poing in die Umsetzungsphase gehen und der Bau der Berufsschule zeitnah darauffolgen. Die Zeit solle intensiv genutzt werden, um mit einer Beraterfirma zu prüfen, wie die beiden Schulen wirtschaftlicher gebaut und umgesetzt werden können, denn die in der Machbarkeitsstudie vorgestellten Zahlen zum Gymnasium Poing müssen nach unten gelenkt werden.

Der Landrat eröffnet die Beratung:

KR Manfred Schmidt äußert seine Befürchtung, dass durch die Verschiebung von höheren Haushaltsresten zugunsten des Gymnasiums Poing die Berufsschule über Jahre hinaus nicht realisiert werde.

Brigitte Keller, Finanzmanagerin und Leiterin Abteilung 1 (Zentrales und Bildung) widerspricht der Schlussfolgerung von KR Manfred Schmidt, denn das Berufsschulzentrum befindet sich in einer ganz anderen Planungssituation als das Gymnasium. Im Haushalt 2023 befinden sich 1,7 Mio. € für das Berufsschulzentrum (zweite Grunderwerbsrate und Kosten für das Bauleitverfahren), so Brigitte Keller, daher könne sie die Schlussfolgerung, eine der beiden Schulen sei wichtiger, nicht bestätigen; der Verfahrensstand sei nur unterschiedlich.

KR Albert Hingerl hält ein engagiertes Plädoyer für das Gymnasium in Poing und dessen schnellstmögliche Umsetzung, auch aufgrund der jährlichen Preissteigerungen in der Baubranche. Um den Bau zu finanzieren, appelliert er an die kommunale Solidarität. Sollte das Gymnasium Poing auf der Warteliste verbleiben, so KR Hingerl, werde er dagegen stimmen.

KRin Dr. Renate Glaser schließt sich ihrem Vorredner an und plädiert den Bau des Berufsschulzentrums ebenfalls voranzubringen, denn ihre Fraktion (ödp/Die Linke) halte beide Projekte für wichtig. Um die beiden Schulbauprojekte realisieren zu können weist sie auf verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten hin, wie z.B. eine höhere Neuverschuldung des Landkreises mit einer von ihnen vorgeschlagenen Tilgungslaufzeit von über 30 Jahren, einer höheren Kreisumlage sowie evtl. das im Landkreisbesitz befindliche ehemalige Kreissparkassenareal eventuell dafür einzusetzen. An Brigitte Keller, Finanzmanagerin und Abteilungsleiterin Zentrales, gewandt, erkundigt sie sich, ob, trotz der unterschiedlichen Planungsstände, vergleichbare Mittel wie für das Gymnasium in Poing auch für das Berufsschulzentrum in die spätere Haushaltsplanung eingestellt werden könnten, um dadurch die Bereitwilligkeit des Landkreises für den Bau des Berufsschulzentrums zu signalisieren.

Brigitte Keller antwortet, dass erst das Baurecht für das Berufsschulzentrum im Jahr 2023 geschaffen werden müsse, von daher brauche es vor dem Jahr 2024 keine zusätzlichen Mittel. Brigitte Keller informiert, dass sich ein ehrenamtlich arbeitendes hochkarätiges Team gebildet habe, welches sich aktiv mit der Planung eines Berufsschulzentrums befasse, weil die Beteiligten ein großes Interesse an dem Berufsschulzentrum Ebersberg in Grafing-Bahnhof haben.

KR Martin Wagner erklärt, dass sich der Staat aufgrund der Pandemie und des russischen Angriffskrieges in der Ukraine in einer Rezession befinde. Die Preise seien daher extrem gestiegen. Er glaube, so KR Wagner, dass es die nächsten zwei Jahre noch schlimmer werde; von daher könne der Landkreis nicht beide Schulprojekte gleichzeitig stemmen. Er plädiert, mit dem Gymnasium Poing anzufangen, aber erst, nachdem im Jahr 2023 die Rezessionszahlen geprüft wurden.

Der Landrat informiert, dass die Liegenschaftsverwaltung auf seinen Wunsch hin eine zeitliche Trennung von Planung und Bau mit dem Ergebnis geprüft habe, dass eine über sechs Monate hinausgehende Unterbrechung nicht empfohlen werde. Aufgrund von Entwicklungen in der Baubranche sowie der Auftragseinbrüche im Tiefbau hege er die Hoffnung, so der Landrat, dass es vielleicht doch noch einen Weg gäbe, die Planung – ohne finanzielle und zeitliche Festlegung – sinnvoll von der Umsetzung zu trennen; denn der Landkreis brauche das Gymnasium in Poing.

KR Reinhard Oellerer merkt an, dass er die anzugehenden Planungen für das Haushaltsjahr 2023 für vernünftig und leistbar halte und, dass die erwirtschafteten Ergebnisüberschüsse der Jahre 2024 und 2025 für die Rückzahlung des Kassenkredits benötigt werden. Er warnt davor, jedes Jahr 20 Mio. € an Kredite aufzunehmen und, dass der Landkreis keine 250 Mio. € habe, um in zwei große Projekte zu investieren. Der Landkreis müsse bei seinen Investitionen „auf Sicht fahren“.

Sollte das Gymnasium Poing auf der Warteliste verbleiben, schlägt KR Albert Hingerl vor, zumindest mit den Planungen zu beginnen.

Brigitte Keller verweist auf die Stellungnahme der Liegenschaftsverwaltung in der Sitzungsvorlage zur Machbarkeitsstudie im LSV-Ausschuss, die ausführlich auf die Probleme und Nachteile u.a. im Vergabeverfahren eingehe, wenn die Trennung von Planung und Bau über 6 Monate hinausgehe. Gemäß der KommHV-Doppik werde eine Trennung von Planung und

Bau auch haushaltsrechtlich kritisch gesehen, so Brigitte Keller. Sie sichert aber KR Albert Hingerl zu, nochmals mit der Rechtsaufsichtsbehörde Kontakt aufnehmen zu wollen.

KR und Handwerksmeister Johann Schwaiger plädiert, den Bau des Berufsschulzentrums voranzutreiben, um damit dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken. Er schildert, dass die Berufsschulen in den Nachbarlandkreis München, Rosenheim, Freising, Erding und Wasserburg nicht mehr aufnahmefähig seien. Nachvollziehbar sei für ihn, dass beide Schulen nicht gleichzeitig gebaut werden können, er aber das Berufsschulzentrum präferiere. Die Zeit, in der das Projekt auf der Warteliste stehe, solle intensiv für alternative Finanzierungs- und Bauformen genutzt werden.

KR Manfred Schmidt zitiert den Schulleiter des Gymnasiums Markt Schwaben, nach dessen Aussage seine Schule durchaus noch aufnahmefähig für Schülerinnen und Schüler aus der Gemeinde Poing sei. Die damaligen Prognosen der Schülerzahlen seien bei weitem nicht eingetroffen, so KR Schmidt. Er plädiert, das Berufsschulzentrum von der Warteliste zu nehmen, um damit eine Lücke zu schließen, denn auch eine Berufsschule sei eine Pflichtaufgabe des Landkreises.

Zusammenfassend erklärt der Landrat, dass die Verwaltung die Optionen prüfen und Frau Keller mit der Rechtsaufsichtsbehörde Kontakt aufnehmen werde.

An die anwesenden Bürgerinnen und Bürger gewandt weist KRin Waltraud Gruber den Vorwurf, sie würden *„aufgrund von persönlichen politischen Interessen handeln“*, der in den meisten an die Kreistagsmitglieder adressierten und als Tischvorlage ausliegenden E-Mails steht, von sich. Sie bittet künftig um einen fairen Dialog.

Der Landrat erklärt, dass die E-Mails nicht von der Interessensgruppe ‚Gymnasium Poing JETZT!‘ seien und auch nicht von der Gemeinde Poing, wie Bürgermeister Thomas Stark ergänzt.

KRin Waltraud Gruber erklärt zur EBE 9; ZEB OD Jakobneuharting bis Schaurach, dass ihre Fraktion (Bündnis 90/Die Grünen) der Streichung von der Warteliste zustimme, wenn vermerkt werde, dass sie nicht den Vollausbau, sondern eine Sanierung bzw. einen schmäleren Ausbau dieses Straßenabschnittes befürworten. Ihre Fraktion werde dagegen stimmen, so KRin Waltraud Gruber weiter, das Projekt EBE 13; Fahrbahnverbreiterung Feldkirchner Straße Glonn von der Warteliste zu nehmen, weil sie befürchten, dass bei einer Fahrbahnverbreiterung das Tempolimit von 30 km/h bei gleichbleibender Gehwegbreite aufgehoben werde.

KRin Waltraud Gruber moniert die hohen Kosten für das Projekt ‚Gymnasium Vaterstetten; Variante 4 Baukostenzuschuss Fernwärme und Erneuerung Fernwärmeübergabestation‘ und bittet, bis zur nächsten Kreistagssitzung die Zahlen zu konkretisieren, was die Verwaltung als Auftrag mitnimmt.

Johannes Dirscherl, Leiter SG 13 (Abfallwirtschaft und Kreisstraßen) erläutert, dass der Straßenuntergrund so schlecht sei, dass es Geldverschwendung wäre, die EBE 09 nur zu sanieren; außerdem würden auch die Kurvenradien nicht mehr übereinstimmen. Eine Sanierung würde den Verkehrsteilnehmern einen guten Straßenzustand suggerieren und zum

schnelleren Fahren verleiten, so Johannes Dirscherl. Es sei daher ungefährlicher, die Straße so zu belassen, wie sie jetzt ist, bis die Grundstücksverhandlungen für den Vollausbau mit geringstmöglicher Ausbaubreite auf 6,50 m abgeschlossen seien.

Der Landrat erklärt zur EBE 13, dass die Fahrbahnverbreiterung aufgrund des Begegnungsverkehrs nötig sei, weil Lastwägen bzw. landwirtschaftliche Nutzfahrzeuge auf den Gehweg ausweichen würden. Daher habe der Landkreis die Anordnung auf Tempo 30 veranlasst, was auch nach der Verbreiterung bleiben werde. Vom Planer werde in diesem Zusammenhang auch eine Verbreiterung des Gehwegs geprüft, so der Landrat. Die endgültige Planung liege aber derzeit noch nicht vor. Ziel sei, so der Landrat, die Verkehrssicherheit auf dem Gehweg zu erhöhen und nicht den Straßenverkehr zu beschleunigen.

Zur Fernwärme informiert der Landrat, dass noch eine Stellungnahme der Gemeindewerke zu den Anschlusskosten fehle, die nach Ansicht des Landkreises im Vergleich sehr hoch seien. Die Gemeinde plane im Jahr 2024 zu bohren, um das Netz im Jahr 2025 mit umweltfreundlicher Geothermie zu versorgen. Von daher wäre es ein politisches „NO-GO“ und vermittele kein positives Signal, so der Landrat, wenn die an der bestehenden Leitung liegende größte Liegenschaft, das Gymnasium Vaterstetten, nicht angeschlossen sei. Der ULV-Ausschuss habe die Gemeindewerke aufgefordert, die Kalkulation mit einer Vertraulichkeitsvereinbarung offen zu legen, damit der Landkreis die Höhe der Kosten nachvollziehen könne, so der Landrat.

Der Landrat stellt nach der Beratung den Beschlussvorschlag mit Vermerk getrennt zur Abstimmung.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

1. Folgende Maßnahmen werden von der Warteliste gestrichen:

Erneuerung Fahrzeughalle Variante 4, Straßenmeisterei EBE	971-NEU	1.515.000 €
EBE 9: ZEB OD Jakobneuharting bis Schaurach	910-09-008	600.000 €



einstimmig angenommen

Ja 13 Nein 0 Anwesend 13

Abstimmungsvermerk zur EBE 9: ZEB OD Jakobneuharting bis Schaurach:

Die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen befürworten eine Sanierung/einen schmäleren Ausbau dieses Straßenabschnittes, aber nicht den Vollausbau gemäß der Investitions-Nr. 910-09-007.

2. Folgende Maßnahmen werden von der Warteliste genommen und in den Haushalt 2023 bis 2026 eingeplant:

Projekt	Investitionsnummer	Derzeitige Projektgesamtkosten	Kostenstand
EBE 13: Fahrbahnverbreiterung Feldkirchner Straße Glonn, vorher: Verkehrssicherung in Glonn zw. Heckenweg u. Mattenhofener Straße	910-13-033, vorher:910-13-021	345.000 €	2022



angenommen

Ja 7 Nein 6 Anwesend 13

Projekt	Investitionsnummer	Derzeitige Projektgesamtkosten teilweise Schätzungen	Kostenstand
ZNA Gebäudeteil Neubau Pflegefachschule	041-Neu	1.192.626 € (netto)	2022
Gymnasium Grafing, Erweiterung der PV-Anlagen	956-Neu	245.000 € (brutto, keine Zuschüsse)	2022
Gymnasium Vaterstetten, Erweiterung der PV-Anlagen	957-Neu	245.000 € (brutto, keine Zuschüsse)	2022
Gymnasium Vaterstetten, Variante 4 Baukostenzuschuss Fernwärme und Erneuerung Fernwärmeübergabestation	957-Neu	433.000 € (brutto) - 228.000 € (Zuschüsse)	2022
Schulzentrum Poing, Beteiligung an einer Mensa	966-Neu	1.601.751 € (brutto, keine Zuschüsse)	2022
Gym Markt Schwaben: Generalsanierung der Physikräume inkl. Vorbereitungsraum	860-0014	480.000€ (brutto, keine Zuschüsse)	2022
Frauenhaus	xxx-xxxx	2.286.623 € (brutto, Zuschüsse in Klärung)	2022
EBE 14: Straßenentwässerung OD Kastensee-on	910-14-007	310.000 €	2022



angenommen

Ja 12 Nein 1 Anwesend 13

3. Folgende Warteliste 2023 wird beschlossen:

Projekt	Investitionsnummer	Derzeitige Projektgesamtkosten teilweise Schätzungen	Kostenstand
Hubschrauberlandeplatz	041-Neu	4.000.000 €	2022
Schlauchwagen	331-NEU	300.000 €	2019
Kreiseinsatzzentrale + Führungsgruppe Katastrophenschutz	331-NEU	Noch offen	
Ausbildungsstätte	331-NEU	Noch offen	
zusätzliche Turnhalleneinheit am Gymnasium Grafing	956-0008	ca. 2.500.000 € (brutto) - 562.500 (Zuschüsse)	2017

Gymnasium Markt Schwaben: Generalsanierung Bauteil 1	958-NEU	6.000.000 (brutto) - 2.000.000 (Zuschüsse)	2022
Gymnasium Kirchseeon: Erweiterung Gymnasium Kirchseeon	959-NEU	ca. 7.000.000 € (brutto) - 1.575.000 € Zuschüsse	2017
Berufliche Oberschule im Landkreisnorden	xxx-xxx	Noch offen	
Berufsschulzentrum Ebersberg mit Dreifachturnhalle und Parkdeck für 200 Stellplätze	967-0001	107.332.867 (brutto) - 30.822.211 € (Zuschüsse) = 76.510.656 € (netto)	2020
Gymnasium Poing mit 3-fach Sporthalle und Tiefgarage für 100 Stellplätze	968-0001	105.250.000 € (brutto) - 31.767.500 (Zuschüsse)= 73.482.500	2022
Ausstattung Berufsschulzentrum	895-0001	5.112.630 €	2020
Ausstattung Gymnasium Poing	866-0001	7.000.000 €	2022
Realschule Vaterstetten: Auflösung, Trennungskosten für die Auflösung des Zweckverbandes Staatliche Realschule Vaterstetten	xxx-xxxx	ca. 5.000.000 €	2018
Radweg ST2341 Grafing-Bahnhof-Taglaching	910-Neu	815.000 €	2022



angenommen

Ja 10 Nein 3 Anwesend 13

TOP 11	Radwege und Straßenbau; Genehmigung Kostensteigerung
--------	--

2022/0789

Vorberatung

ULV- Ausschuss am 06.07.2022, TOP Ö7 (Radwege- u. Straßenbauprogramm 2023)
ULV- Ausschuss am 05.10.2022, TOP Ö4 (Vorplanung Haushalt 2023)

Sachvortragende(r):

Brigitte Keller, Finanzmanagerin und Leiterin der Abteilung 1 (Zentrales und Bildung)

Brigitte Keller hält anhand der Sitzungsvorlage einen kurzen Sachvortrag und informiert, dass es bei verschiedenen Projekten der geplanten Investitionen zu Kostenmehrungen über 200.000 € komme, welche durch den Kreis- und Strategieausschuss und dem Kreistag zu genehmigen seien.

KRin Waltraud Gruber verweist auf ihre im vorangegangenen Tagesordnungspunkt abgegebene Erklärung zur EBE 9 und informiert, dass ihre Fraktion (Bündnis 90/Die Grünen) gegen den Vollausbau stimmen werde. Sie bittet daher, um eine getrennte Abstimmung zur Ziffer 1.5 (Inv.Nr. 910-09-007; EBE 9: Die Kosten für den Ausbau zwischen Haging und Jakobneuharting werden um 990.000 € auf 2,57 Mio. € erhöht).

Es folgt keine weitere Wortmeldung aus dem Gremium.

Der Landrat stellt den Beschlussvorschlag getrennt zur Abstimmung.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

1. Den Kostenmehrungen der folgenden Maßnahmen beim Radwege- und Straßenbau wird zugestimmt:

1.5 Inv.Nr. 910-09-007

EBE 9: Die Kosten für den Ausbau zwischen Haging u. Jakobneuharting werden um 990.000 € auf 2,57 Mio. erhöht.



angenommen

Ja 8 Nein 4 Anwesend 12

1.1. Inv.Nr. 910-0018

Die Kosten für die LKW- Beschaffung bei der Straßenmeisterei werden um 275.000 € auf 500.000 € erhöht.

1.2. Inv.Nr. 910-01-013

EBE 1: Die Kosten bei der Deckensanierung OD Poing mit Erneuerung von Fahrbahn, Geh- u. Radweg werden um 2,09 Mio. € auf 2,49 Mio. € erhöht.

1.3. Inv.Nr. 910-05-005

EBE 5: Die Kosten beim Radweg Schwaberwegen- Anzing werden um 1,14 Mio. € auf 3,26 Mio. € erhöht.

1.4. Inv.Nr. 910-05-006

EBE 5: Die Kosten bei der Deckensanierung OD Forstinning werden um 450.000 € auf 930.000 € erhöht.

1.6 Inv.Nr. 910-18-004

EBE 18: Die Kosten für den Ausbau Markt Schwaben bis FTO werden um 220.000 € auf 2,45 Mio. € erhöht.

2 Die neuen Investitionskosten werden im Haushalt 2023 ff veranschlagt und im Rahmen des Haushalts 2023 beschlossen.



angenommen

Ja 11 Nein 1 Anwesend 12

TOP 12	Windenergie im Ebersberger Forst - Einstellung der Arbeiten, Maßnahmen-Stopp und Kündigung der Verträge; Antrag der AfD- Kreistagsfraktion vom 18.08.2022
--------	---

2022/0761/1

KR Manfred Schmidt (AfD) hat per E-Mail vom 18.08.2022 beantragt, alle Arbeiten an der Errichtung von fünf Windrädern im Ebersberger Forst einzustellen und alle Maßnahmen zu stoppen sowie alle noch bestehenden Verträge zu kündigen, die die Planung von fünf Windrädern im Ebersberger Forst betreffen. Er begründet dies damit, dass in Windrädern das klimaschädliche Treibhausgas SF6 vorhanden wäre.

KRin Bianka Poschenrieder (SPD) hat per E-Mail vom 21.08.2022 beantragt, den Antrag von Herrn Kreisrat Schmidt zu ignorieren und begründet dies damit, dass das Treibhausgas SF6 allgemein in elektrischen Schaltanlagen – keineswegs nur in Windenergieanlagen – verwendet würde, um Überschläge zu verhindern. Zwar sei es sinnvoll, in allen Hochspannungsschaltanlagen SF6 so schnell wie möglich zu ersetzen. Man könne es aber vernünftigerweise nicht als Begründung gegen Windenergieanlagen einsetzen

Die Verwaltung legt den Antrag von KRin Bianka Poschenrieder dahingehend aus, dass der Antrag von Herrn Kreisrat Schmidt abzulehnen sei, denn das Ignorieren eines Antrags, sehe die Geschäftsordnung für den Kreistag, den Kreis- und Strategieausschuss und die weiteren Ausschüsse nicht vor.

Mit E-Mails vom 30.08.2022 und 05.09.2022 bezugnehmend auf seinen Antrag vom 18.08.2022 erweiterte KR Manfred Schmidt jeweils seine Antragsbegründung und stellte am 05.10.2022 noch einen Zusatzantrag.

KR Manfred Schmidt erläutert den Anwesenden seinen Antrag mit Zusatzantrag.

KR Georg Reitsberger erklärt, dass er dem Antrag momentan nicht zustimmen könne.

Nachdem keine weitere Wortmeldung folgt, stellt der Landrat den Antrag der AfD-Kreistagsfraktion und anschließend den Zusatzantrag gemäß § 22 Abs. 7 Nr. 2 der GeschO-KT zur Abstimmung.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasst folgenden Beschluss:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

- 1. Abstimmung über den Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 18.08.2022 alle Arbeiten an der Errichtung von fünf Windrädern im Ebersberger Forst einzustellen, alle Maßnahmen zu stoppen sowie alle noch bestehenden Verträge zu kündigen, die die Planung von fünf Windrädern im Ebersberger Forst betreffen.**



abgelehnt

Ja 1 Nein 12 Anwesend 13

2. Abstimmung über den Zusatzantrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 05.10.2022 gemäß § 22 Abs. 7 Nr. 2 der GeschO-Kreistag:

Die unter dem 09.08.2022 von der uNB veranlasste generelle Absage der zur „AG-Windkraft anberaumten Treffen“ und somit gleichzeitige Auflösung dieser Arbeitsgruppe ist wegen fehlender Zuständigkeit der uNB unwirksam.

Unabhängig von evtl. mangelnder Zuständigkeit (s. Nr. 1) wäre eine Auflösung der Arbeitsgruppe „Windkraft“ sachlich unbegründet; sie besteht daher weiterhin.



abgelehnt

Ja 1 Nein 12 Anwesend 13

TOP 13	Bekanntgabe von Eilentscheidungen
--------	-----------------------------------

keine

TOP 14	Informationen und Bekanntgaben
--------	--------------------------------

keine

TOP 15	Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
--------	---

keine

TOP 16	Anfragen
--------	----------

keine

Der Landrat schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:20 Uhr.

Anschließend folgt ein nichtöffentlicher Teil.

Ende der Niederschrift der öffentlichen Sitzung.